

Haushaltsrede

Matthias Ecke

Fraktionsvorsitzender

Rede im Stadtrat am 16. Dezember 2002:

Haushaltsrede 2002

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

Vorhang auf:

Die Haushaltssituation Hennefs ist schlecht und es scheint in Zukunft noch schlechter zu werden. So sieht's hier, im Kreis, in Nachbarstädten, im Land und im Bund aus.

Für Hennefs Grüne bedeutet die heutige Verabschiedung des Haushalts die Abwägung verschiedener Gesichtspunkte.

Wir stellten uns daher bei unseren Haushaltsberatungen einige grundsätzliche Fragen.

Fünf möchte ich etwas deutlicher darstellen:

Erstens:

Wie wollen wir, die Hennefer Grünen, mit dem vorgelegten Haushalt umgehen? Sind alle Zahlen richtig? Können und sollen wir trotz unklaren Rahmenbedingungen, wie z.B. die Finanzsituation des Kreises, entscheiden?

Zweitens:

Sind die mit dem eingebrachten Haushalt gesetzten Prioritäten des Bürgermeisters und des Finanzbeigeordneten die für Hennef richtigen?

Drittens:

Welche Forderungen/Anliegen/Wünsche haben Hennefs BürgerInnen? Welches Anliegen ist eventuell wichtiger als ein anderes?

Viertens:

Welche Positionen sind für eine grüne Politik wichtig? Welche Prioritäten wollen wir setzen?

Und fünftens:

Wie sähe die finanzielle Situation Hennefs aus, wenn alle genannten Punkte Berücksichtigung erfahren würden?

Kurz, es wurde uns schnell klar, dass nicht alles finanzierbar ist, auch wenn viele Wünsche nachvollziehbar sind.

Welche Möglichkeiten gibt es?

Viele im Haushalt aufgeführte Kosten, Zuweisungen o.ä. sind durch uns, die Politiker in unserer Stadt, nicht direkt beeinflussbar. Gemeint sind hier beispielsweise die Vorgaben aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz, Schlüsselzuweisungen, Umlagen oder die Kosten für die Kapitaldienste.

Letztlich sind wir zum Ergebnis gekommen, dass nur Appelle formuliert werden können und /oder im Kreis/Land/Bund Einfluss gesucht werden kann und muss. Die Forderung hier lautet: Verbessert die Finanzsituation der Städte und Gemeinden und lastet diesen nicht immer mehr auf.

Das heißt, für Hennef bleiben nur wenige Spielräume.

Auf der einen Seite die Einnahmen verbessern, auf der anderen Seite, die Ausgaben senken. Der Bürgermeister schlägt beides vor.

Wir Hennefer Grünen legten bei der Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten Wert auf absolute Ehrlichkeit und Transparenz. Das bedeutete aber für uns, die wichtige Frage zu formulieren: Sind die Bürger auch bereit, für ihre Wünsche finanziell aufzukommen, „ja oder nein“?

Wir sind der Meinung: „Ja!“. Diese Bereitschaft muss sein! Denn in letzter Konsequenz sind nur im Bereich der so genannten freiwilligen Leistungen Einsparungen möglich.

Auf diesen Punkt ist größtes Augenmerk zu richten. Viele dieser Leistungen dienen den finanziell weniger gut stehenden Bürgern und Bürgerinnen unserer Stadt. Die Einrichtung eines Präventionsprogramms im Bereich der Schulen wurde von uns gefordert und mit entsprechendem Budget ausgestattet. Besonders die Verschuldung, gemeint ist letztlich die Schuldenfalle, führt zu Armut und damit zu Folgekosten, auch bei uns in der Stadt. Hier haben wir es geschafft für Schulen ein Angebot bezüglich einer Schuldnerberatung für alle Schüler in Planung zu bringen. Auch wird ein Teil der Gelder z.B. als Zuschuss zur Stadtbibliothek verwendet. Gerade hier darf nicht gestrichen werden. Dass wir richtig mit dem Ansinnen, die Hennefer Stadtbibliothek zu fördern, richtig lagen und liegen, zeigen Untersuchungen. Die Pisa-Untersuchung stellte als zentrales Problemfeld das Lesen dar. Da kann es doch nur lauten: Wir schaffen eine attraktive Bibliothek in Hennef. Die Erweiterung der Öffnungszeiten haben wir trotz erheblicher Widerstände in diesem Jahr erfolgreich umsetzen können. Auch dem Versuch weniger Gelder für den Erwerb neuer Medien im Jahr 2003 bereitzustellen, sind wir erfolgreich entgegengetreten. Der Medienbestand muss stetig erweitert werden und immer auf dem aktuellen Stand sein. Hier sind wir gerne bereit für die Zukunft zu investieren. Wir sehen bei der Frage der Stadtbibliothek eine Priorität unserer Politik.

Der Bürgermeister wollte das Lehrschwimmbad in Uckerath für die Öffentlichkeit schließen. Diese vorgeschlagene Kürzung konnten wir verhindern. Wir, die Hennefer Grünen, sehen eher die Notwendigkeit für das Schaffen weiterer Schwimmmöglichkeiten, als dass die wenigen der Öffentlichkeit zur Verfügung stehenden Schwimmzeiten gestrichen werden. Wir werden daher im nächsten Jahr die Frage prüfen lassen, was kostet die Stadt ein eigenes Schwimmbad kostet. Alternativ werden wir die Frage stellen, was ein Ausbau von Teilen des Allner Sees in eine Sommerbadeanstalt kostet und ob hier eine Art Freizeitpark mit Bade- und Grillmöglichkeiten sowie hinreichenden Parkmöglichkeiten geschaffen werden kann.

Die vom Bürgermeister geplanten Investitionsverschiebungen im Bereich der Schulen konnten abgewendet werden. Gerade hier müssen neue Angebote geschaffen werden, da die Stadt stetig gewachsen ist und auch in Zukunft wachsen wird. Wir fühlen uns besonders in diesem Bereich den Menschen verpflichtet, denn nur eine wirklich gute Schulausbildung schafft das notwendige Kapital für das spätere Leben. Wir stellen uns dieser Verantwortung. Wir haben entgegen aller anders gerichteten Versuche ein entsprechendes Programm auf den Weg gebracht.

Wie bereits im letzten Jahr von uns erklärt: Wir brauchen eine neue Grundschule in Hennef. Nur so kann der Platzbedarf im Sekundarbereich der Realschule und des Gymnasiums beseitigt werden. Der Fehlbedarf an diesen Schulen wird in den nächsten Jahren stetig zunehmen. Es sind daher vernünftige Antworten gefragt. Die Räumlichkeiten (des heutigen Standortes) der Siegtalschule bieten den Raum, der an dieser Stelle von den beiden weiterführenden Schulen benötigt wird. Die Siegtalschule gehört ins Siegtal. Wir werden weiter dafür sorgen, dass diese Grundschule kommt. Für das nächste Jahr sind der Erwerb des Grundstücks und die Planung der Schule vorgesehen.

Mit der Mehrzweckhalle in Söven packen wir ein seit Jahren notwendiges Projekt an. Mit dem Bau dieser Halle schaffen wir es endlich, auch in der Obergemeinde den Anforderungen eines modernen Schulsports gerecht zu werden.

Im Bereich der Jugendhilfe wollen wir die festgeschriebenen Mittel für die Anmietung eines Raumes für den Streetworker budgetieren. Wir stellen uns hier einen Bauwagen oder ein Wohnmobil als mobilen Raum vor, der als niedrighschwelliges Angebot für Jugendliche im Beeich des Zentrums/Bahnhofs stationiert wird. Hier soll der Streetworker regelmäßig seinen Aufenthalt haben. Dieses Angebot soll gerade nicht in der Form eines (von der SPD in die Diskussion eingebrachten) Jugendcafes sein (welches hauptsächlich Mittelschichtsjugendliche ansprechen würde), sondern gezielt auf die jugendlichen „Problemgruppen“ im Zentrum und am Bahnhof abzielen. Hier gilt: Je eher eine Problemlage erkannt wird, je eher das Jugendamt Hilfsangebote macht, desto weniger gravierend ist die Maßnahme. Eine auf diesem Weg vermiedene Fremdunterbringung eines Jugendlichen erspart der Stadt ca. 4000,-Euro/Monat.

Zusammenfassend sieht man: auf der Seite der vorhandenen Finanzspielräume ist nicht viel zu holen.

Deshalb wollen auch wir Politiker unseren Beitrag leisten und mit gutem Vorbild vorangehen. Wir werden dafür sorgen, dass unsere eigene Arbeit noch effektiver wird, so können einige der zahlreichen Ausschusssitzungen wegfallen (Hennef ist die Stadt mit den meisten Sitzungen im Kreis). Auch wird die Zusammenlegung des Jugendamtes mit dem Sozialamt (und der Ausschüsse unter Wegfall des Sozialausschusses) zu prüfen sein, wie es schon in vielen Kommunen geschehen ist. Z.B. in Dormagen oder Marl funktioniert dies gut.

Darüber hinaus wird im nächsten Jahr eine Finanzkommission gebildet, welche sich zum Ziel die Einsparung von ½ Million Euro im Jahr 2003 zum Ziel gesetzt hat. Wir werden dafür sorgen, dass dieses Ziel übertroffen werden kann.

Es muss also die Einnahmeseite verbessert werden.

Die genannten Punkte und gesetzten Prioritäten haben uns dann zu einer Zustimmung bei den Steuern bewegt. Aber auch hier ist Ehrlichkeit unser Prinzip. Steuererhöhungen im Bereich der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer finden nur in dem durch das Gemeindefinanzierungsgesetz an die Stadt weitergegebenen Maße statt. Erhöhungen von Benutzerentgelten, z.B. bei der Musik- und Malschule, sollen durch Ermäßigungstatbestände begleitet werden. Klar ist uns, dass defizitäre Bereiche in Richtung der Kostendeckung geführt werden müssen. Aber klar ist z.B. bei der Musikschule, sie wird in Zukunft einen anderen konzeptionellen Rahmen erhalten. Dies ist gewünscht und wird von uns sehr kritisch begleitet.

Es gelten für uns die Prinzipien Klarheit und Wahrheit.

Was haben wir geschafft?

Nicht alles kann aufgezählt werden, daher beschränke ich mich hier auf eine Auswahl.

Ein weitestgehend erfolgreiches Jahr kommunalpolitischer Zusammenarbeit mit der CDU liegt hinter uns.

Die von den Grünen vor Jahren auf den Weg gebrachte Gesamtschule ist fertig. Die fehlende 3-fach-Sporthalle sowie die fehlenden Außensportanlagen sind auf den Weg gebracht.

Die Skaterbahn ist endlich da.

Die Stadtbibliothek hat für die Hennefer Bevölkerung jetzt zusätzlich am Donnerstagabend geöffnet.

Die verlässliche Grundschule ist überall eingerichtet.

Bei der Frankfurter Straße geht es nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie der Umgestaltung. Wir freuen uns, dass unsere Ansicht bezüglich der Beruhigung von Hennef bedeutendster Geschäftsstraße nicht nur von der Polizeibehörde, sondern mittlerweile auch von anderen Fraktionen und vom Verein Stadtmarketing eingesehen wurde.

Die Ausbildung einer fast durchgängigen Siegpromenade ist ein Meilenstein in der Attraktivitätssteigerung des Zentralortes und trägt zur Förderung der Wohnqualität bei.

Im Umweltbereich hat die Grünflächenkommission unter der Regie des Umweltamtes im letzten Jahr ein Konzept für die Gestaltung und Sanierung der Hennefer Friedhöfe erarbeitet.

Auf Antrag unserer Fraktion wird für die Umsetzung des Lärminderungsplanes erstmals Geld bereitgestellt (10000 Euro).

Im Bereich „Lokale Agenda 21“ konnten die verschiedenen Agenda-Gruppen mit ihrer Zukunftsplanung zumindest bei Einzelprojekten auf die Arbeit von politischen Gremien Einfluss nehmen (z.B. beim Stadtentwicklungs-, Planungs- und Umweltausschuss). Auch wenn das große Gemeinschaftsprojekt der Agenda-Gruppen, „die Entwicklung einer Fotovoltaik-Anlage auf dem Dach der Kopernikus Realschule“, noch nicht umgesetzt werden konnte, gelang es den AGs inzwischen, das „Leitbild der Agenda 21 für die Stadt Hennef“ zu erstellen. Unser Wunsch ist es, dass das Agenda-Leitbild auch Orientierungsmaßstab im Sinne des Nachhaltigkeitsprinzips für die Bedürfnisse der heute in Hennef lebenden Menschen und die Lebensgrundlage und die Entwicklungschancen der zukünftigen Hennefer Generationen wird.

Was haben wir nicht erreicht?

In einigen uns wichtigen Punkten gelang es nicht, die entsprechenden Einsichten bei anderen Ausschussmitgliedern zu schaffen, sodass sich einige Punkte nicht zu unserer ganzen grünen Zufriedenheit sich entwickelt haben. Einige Beispiele seien hier genannt:

Thema Hennef - Östlicher Stadtrand: Hier war ein politischer Kunstgriff nötig. Hätten wir nicht dem auch durch uns erzielten Minimalkonsens zugestimmt, wäre eine Mehrheit nicht zu verhindern gewesen. Wir sind uns der Brisanz in unserem Abstimmungsverhalten bewusst. Wir sind aber der festen Überzeugung, dass nur durch dieses politische Handeln unsere Positionen an dieser Stelle Hennefs weiteren Einfluss haben werden. Wir werden die Entwicklung an dieser Stelle mit der erklärten Wachsamkeit begleiten und beim ausgearbeiteten Minimalkonsens nicht einbrechen.

Thema (Flug)Bewegungen über Hennef: Diese sind weiterhin vorhanden. Sie haben sogar zugenommen und werden zunehmen. Dennoch werden wir auch hier unserer Linie treu bleiben. Köln/Bonn muss nachts für Flugbewegungen geschlossen werden. Für diese Forderung werden wir uns immer und immer wieder lautstark einsetzen.

Thema Radwegekonzept: Die Umsetzung ist nach gutem Start ins Stocken geraten. Große Lücken, fehlende Beschilderung und völlige Nichtbeachtung des Radverkehrs bei Stadtplanungen (Hennef Mitte) deuten die Zielrichtung in Hennef an. Der Umbau Hennefs in eine autogerechte Stadt deutet sich an. Wir werden diesen Weg nicht mitgehen. Hennef muss endlich eine Stadt der kurzen Wege werden. Hierzu bedarf es der vollständigen Umsetzung des Radverkehrskonzeptes. Kurze Rad- und Fußgängerwege und die Förderung des ÖPNV binden Kaufkraft und sind vor dem Hintergrund steigender Energiepreise zukunftsweisend. Die Bürgerinnen, welche sich bei der Verkehrsmittelwahl für die genannten entscheiden bzw. umorientieren, geben ihr Geld in Hennef aus.

Thema Geisbach: Das neue Wohngebiet sollte kinderfreundlich werden. Leider konnte, nachdem unsere Ideen von Spielstraßen keine Mehrheiten fanden, nur ein zweiter Spielplatz durchgesetzt werden. Zustimmung konnten wir der Geisbach nur, weil wenigstens, wie vom Agendateam gefordert, eine fußläufige Vernetzung des Gebietes erreicht werden konnte.

Fazit

Trotz größter finanzieller Schwierigkeiten wollen wir dennoch in Hennefs Zukunft investieren. Ich wiederhole, die Mehrzweckhalle in Söven wird gebaut, die Siegtalschule bekommt endlich ihr neues Zuhause und die Sporthalle an der Gesamtschule sowie deren Außensportanlagen werden rechtzeitig fertig.

Für die Hennefer Grünen gilt:

**Verantwortung wahrnehmen, Hennefer eine Zukunft
geben**

Deshalb werden wir dem Haushalt unsere Zustimmung geben.